

Es ist meine Absicht, an der Humboldt-Universität, einen interdisziplinären, praxisverbundenen Arbeits- und Lebenszusammenhang über Grundlagen ökologischer Politik aufzubauen. Dort wie in meiner ganzen Tätigkeit will ich immer für alle ansprechbar sein, die sich für die gleichen Gegenstände und Perspektiven interessieren, Selbstverständlich auch für die Menschen, die sich weiterhin der Partei verbunden fühlen wollen, aus der ich hervorgegangen bin.

Ich danke Euch für die Aufnahme und für die Geduld und Toleranz, meine weitgehenden Kritik und meine Ideen zu einer ökologischen Wende anzuhören.

Wir gehen auf die Wahlen zu. Ich hoffe, wir machen uns ein Gesetz, nach dem Menschen wichtiger als Parteien sind. Wir brauchen in der Volkskammer lauter Präsidentinnen und Präsidenten – Frauen und Männer, die mit solcher Selbstverständlichkeit dem vernünftigen allgemeinen Interesse Ausdruck geben können wie etwa Christa Wolf oder Richard von Weizsäcker, viele, viele davon, und ich bin sicher, es gibt sie, es gibt genug Gemeinsinn im Volk der DDR. Richtiges Zählen wird dran sein am 6. Mai [1990]. Aber über dem Wahltag sollte stehen ein Satz aus Friedrich Hölderlins Hyperion: „Einer aber, der ein Mensch ist, ist er nicht mehr denn Hunderte, die nur Teile sind des Menschen.“

Es ist dann weniger wichtig, welchen Verein eine oder einer vertritt. Es sollten auch Parteifreie, Unabhängige kandidieren können. Vielleicht ersparen wir uns diesen Unfug mit der Fraktionsdisziplin, die die Gewissensentscheidung der Abgeordneten zur Farce macht. Überhaupt nicht Parteien, sondern die besten Vorschläge zur Problemlösung sollen sich Mehrheiten suchen.

Wenn die SED, unter welchem Namen auch immer, wirklich machtökonomisch abrüstet bis auf Gleichstand mit den neuen Kräften, dann sollte auch das Ressentiment gegen sie größtenteils zusammensinken, das sonst unvermeidlich den Denkansatz gesamtgesellschaftlicher Verantwortung stört.

Kommt bei den Wahlen bloß ein neuester Aufguß des bürgerlichen Parlamentarismus heraus, werden die Menschen in Wirklichkeit, gleich wieder politisch enteignet sein. Parteiendemokratie ist gar keine Demokratie. Wie repräsentativ ist denn die Zusammensetzung des an sich hoffnungsvollen Runden Tisches? Da kann man sich auch mit ausländischer Hilfe und mit einem in der eigenen Biographie unbelegten Traditionsnamen aus eigentlich nichts zu etwas aufblasen.

Laufen Novemberrevolutionen in Deutschland immer nur auf verfassungsgebende Versammlungen hinaus? Wo bleiben die Räte? Wären nicht – angesichts des Einmarschs von knapp der Hälfte des westdeutschen Unternehmertums Inbesitznahmen der Betriebe durch die Belegschaften angesagt? Ist es nicht immer noch besser Kollegen, im schlimmsten Falle, „ihr verkauft“ statt „sie verkaufen“? Ergreift doch eigene Initiativen, auch mit Teilkapazitäten! Wenn es richtig ist, daß es jetzt um die Integration von Unternehmerinitiative in den Sozialismus geht, dann sollten jetzt die Sozialisten aller Farben sich zusammentun, um etwas zu unternehmen, Sachen auf allen Ebenen des geistigen, politischen und ökonomischen Prozesses. Wenn bloß ordentlich weiter gearbeitet wird, so wichtig das ist, rutschen wir leicht unvermerkt in den Kapitalismus.